

# Bürgerinitiative ist jetzt Verein geworden

„Ja zur Aar“: Bundesverkehrsministerium lehnt Umgehungspläne ab

**Der Verein „Ja zur Aar“ sieht sich bestätigt. Die von den Ortsbürgermeistern favorisierte Variante werde durch das Bundesverkehrsministerium aus Kostengründen abgelehnt.**

**Aar.** Aus den betroffenen Ortsteilen Holzheim, Flacht, Niederneisen und Oberneisen trafen sich in der vergangenen Woche die Mitglieder der Bürgerinitiative „Ja zur Aar“, um durch die Gründung eines Vereins der Ernsthaftigkeit ihrer Arbeit und ihrer Absichten auch öffentlich mehr Ausdruck zu verleihen.

Vorrangig sieht die Satzung des Vereins vor, dem Schutz von Menschen, Tieren und Pflanzen zu dienen. „Aus diesem Grund lehnen wir nach wie vor alle derzeit geplanten Umgehungsvarianten ab“, sagte die Vorsitzende Barbara Benke (Niederneisen). Es handele sich bei den Planungen weder um Umgehungen

noch um Entlastungen für die betroffenen Ortsteile. „Was hier geplant ist, widerspricht allen Grundsätzen des Schutzes von Mensch, Tier und Umwelt“, so Benke weiter. Primäres Ziel des Vereins sei es weiterhin, allen Bürgern ungehinderten Zugang zu Informationen zu ermöglichen.

Wie der Verein nun auf Nachfrage beim Bundesverkehrsministerium in Erfahrung bringen konnte, sollen demnach die beiden teuersten Umgehungsvarianten aus wirtschaftlichen Gründen abgelehnt worden sein. Diese Information sei auch dem Landesbetrieb Mobilität (LBM) und der Verbandsgemeinde Hahnstätten schriftlich mitgeteilt worden.

Die Nachfrage des Vereins „Ja zur Aar“ bei der VG Hahnstätten auf Einsichtnahme in das Antwortschreiben des Ministeriums sei verweigert worden, was der Verein als rechtswidrig bezeichnet.

Mir der Entscheidung, die teuersten Varianten abzulehnen, sei die versprochene sogenannte Bürgermeistervariante von Tisch.

Barbara Benke meint, es bestätigte sich, was bereits in einem Flugblatt dargestellt wurde: Alle Varianten werden gleich bewertet. „Vom Bund wird deshalb in jedem Falle die billigste Variante gebaut werden“, so die Vorsitzende.

Der Verein betont, dass Maßnahmen zur Beruhigung, Entschleunigung und Minderung des Verkehrs an der heutigen B 54 unbedingt notwendig seien.

Und da es nun auch klar sei, dass es den gewünschten Tunnel nicht geben werde, seien gute Ideen mehr gefragt denn je. „Deshalb hoffen wir auf einen konstruktiven Dialog mit allen Beteiligten und Betroffenen“, bekräftigt die Vereinsvorsitzende Barbara Benke. (ag)